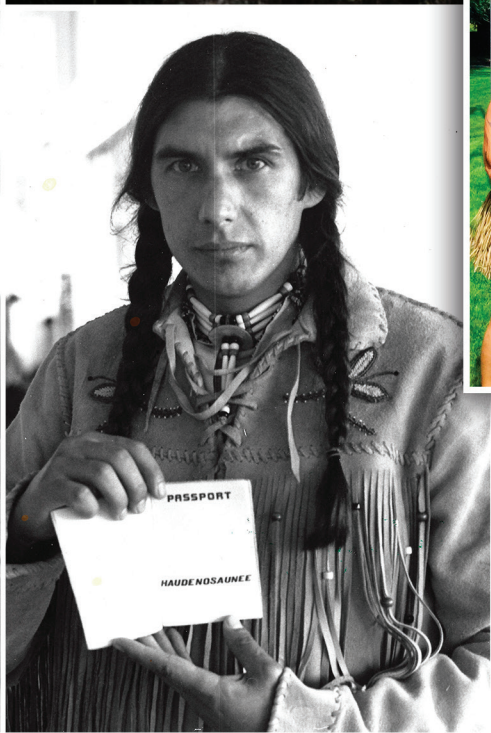


# MagazINC

Nr. 54 / Dezember 2020



2 Editorial

2 Indigene klagen gegen RCMP

3 75 Jahre Weltgemeinschaft der Völker

Grund zum Feiern, auch für die Indigenen?

6 UN-Menschenrechtsrat

Disput um Selbstbestimmung von Hawai'i und Alaska

7 UNESCO-Kulturgüterrückgabe

Mesa Verde: Heimkehr der Seelen nach 129 Jahren

8 Ölpest im ecuadorianischen Amazonas

9 Indigene Souveränität bei der Ernährung

10 Incomindios Lippuner Scholarship

11 1492 Land Back Lane – Ontario

12 prairie wind goes online

12 Vor 30 Jahren – Oka-Krise



Liebe Mitglieder und Freund\*innen von Incomindios

Wir nähern uns dem Ende des Jahres 2020, und während der Arbeit an der vorliegenden Ausgabe des MagazINC, machen wir uns Gedanken über dieses düstere und schwierige Jahr. Covid19 hat weltweit tiefe Spuren der Zerstörung hinterlassen – insbesondere für die Indigenen Völker – die am stärksten gefährdeten Gruppen in der Gesellschaft eines Landes. Da ein Schwerpunkt der Arbeit von Incomindios bei den Vereinten Nationen stattfindet und die UNO ihre Tore für die aktive Teilnahme der Zivilgesellschaft geschlossen hat, war es ein schwerer Schlag, sich nicht mehr persönlich mit den indigenen Delegierten treffen und austauschen zu können. Wann ein gemeinsamer Einsatz an der UNO wieder erlaubt wird, ist ungewiss.

Zentrale UN-Tagungen sind in Online-Veranstaltungen umgewandelt worden, wie das Ständige Forum für Indigene Angelegenheiten, der Expertenmechanismus für die Rechte der Indigenen Völker, der Menschenrechtsrat und das Forum für Wirtschaft und Menschenrechte. Positiv daran ist, dass durch das Wegfallen der Flugreisen die finanziellen und ökologischen Auswirkungen geringer sind, aber andererseits wird der physische Austausch Indigener Völker verunmöglicht, die aus der ganzen

Welt an die UNO in New York oder Genf reisen, um ihre Anliegen auf internationaler Ebene zu vertreten. Dies kann dramatische Folgen haben, insbesondere wenn es zu Menschenrechtsverletzungen kommt und der direkte Zugang zu hochrangigen UN-Vertreter\*innen wichtig wäre, damit diese in die Schlichtung von Konflikten zwischen indigenen Rechten, nationalen Gesetzen und Völkerrecht involviert werden könnten. Incomindios ist bemüht, sich in dieser neuen Realität möglichst rasch zurechtzufinden, um sich weiterhin effizient für die Anliegen der Indigenen zu engagieren.

In dieser Ausgabe des MagazINC nehmen wir das **75jährige Jubiläum der Vereinten Nationen** zum Anlass und schauen zurück auf die Entwicklung der Präsenz Indigener Völker an der UNO; zudem berichten wir über die Nebenveranstaltung (side event), die Incomindios anlässlich der 45. Sitzung des Menschenrechtsrats online organisierte: für Leon Siu, Routh Bolomet, Ron Barnes und Robert Kajiwara war es wichtig, über ihre brennenden Themen in **Hawai'i, Alaska und Okinawa** zu berichten. Ausserdem befassen wir uns mit dem Thema der **Ernährungssouveränität** der Indigenen Völker, den **Pipelines in Ecuador**, dem anhaltenden Kampf gegen die **Ölindustrie im Amazonasgebiet** und werfen einen Blick auf die **Six Nations-Konföderation der Irokesen** in Kanada. Schliess-

lich freuen wir uns, unsere erste Stipendiatin des 2020 ins Leben gerufenen **Incomindios Lippuner Fonds** vorzustellen: Brittani



Alicia Kroemer

Orona ist Mitglied des **Hoopa Valley Tribe** und lebt in Kalifornien. Sie stellt ihre Arbeit für Indigene Völker und für den Schutz der Umwelt rund um den Klamath-Fluss und seiner Seitenarme vor. Incomindios möchte in seinem Engagement die aufstrebenden Stimmen indigener Jugendlicher weltweit stärken, denn sie werden die Führungspersönlichkeiten von morgen sein – so würdigen wir die Arbeit von Brittani und denken mit grosser Wertschätzung an die Jugenddelegierten, die Incomindios 2020 im Rahmen des UN Incomindios Indigenous Youth Scholarships Corona-bedingt nicht an die UNO schicken konnte.

Ihnen, liebe Mitglieder und Gönner, gebührt ein grosser Dank für Ihre beständige Grosszügigkeit und Unterstützung, auf die wir angewiesen sind, um das Engagement fortzusetzen, mit dem wir die Rechte Indigener Völker fördern und uns gegen Rassenungleichheit und Ungerechtigkeit einsetzen. (Übersetzung: H. Nyberg)

Alicia Kroemer, Mitglied des Vorstands

von Monika Seiller, AGIM, München

## Klage gegen RCMP

Am 25. November, dem **Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen**, sei insbesondere an die Situation der **indigenen Frauen** erinnert. 2019 veröffentlichte die kanadische Untersuchungskommission „Missing & Murdered Indigenous Women Inquiry“ ihren 1'500-seitigen Abschlussbericht, der diese Gewalt als „Völkermord“ bezeichnet. Die kanadische Regierung versprach daraufhin, bis Juni 2020 einen „Nationalen Aktionsplan“ vorzulegen, der jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben wurde

– angeblich wegen Corona. Angesichts der Untätigkeit der Regierung erarbeiteten Indigene in Quebec bereits einen eigenen Aktionsplan, um die Gewalt an indigenen Frauen einzudämmen. Unterdessen wurde auch eine Sammelklage in Höhe von \$ 500 Millionen gegen die RCMP, die kanadische Bundespolizei, wegen der Versäumnisse in den Ermittlungen zu ermordeten und verschwundenen indigenen Frauen und systemischem Rassismus eingereicht.

Derweil haben die USA endlich einen Bericht veröffentlicht, der die Fälle von 2'306 vermissten indigenen Frauen und Mädchen dokumentiert, von diesen sind 1'800 in den letzten 40 Jahren ermordet worden oder



Annita Lucchesi, Direktorin von Sovereign Bodies Institute, spricht an einer Kundgebung für ermordete indigene Frauen in San Francisco, 2019. Links: Cindy Martin-Wolfe, die Mutter von Jessica Alva, die nach 4 Tagen im Koma starb. Die sechsfache Mutter war von ihrem Partner brutal zusammengeschlagen worden. © Sovereign Bodies Institute

verschwunden. Die Forschungsarbeit von *Sovereign Bodies Institute* hat zudem ergeben, dass es in fast drei Vierteln der Fälle Opfer gab, die zum Zeitpunkt ihres Verschwindens in einer Pflegefamilie lebten.



von Helena Nyberg

## Haben die Indigenen Völker auch etwas zu feiern?

Wer hätte vor 75 Jahren gedacht, dass sich die Indigenen Völker drei Generationen nach Gründung der Vereinten Nationen an der UNO Gehör verschaffen, obwohl 1945 die UNO gar nicht für alle Völker aufgestellt war.



Eingang zum Völkerbundpalast in Genf.  
© Helena Nyberg

Zwar wollte die UN-Charta die Grundfreiheiten und Menschenrechte aller Menschen fördern, aber an die spezifischen Bedürfnisse von Völkern, die nicht gleichzeitig Nationalstaaten sind – speziell ausserhalb von Europa und Nordamerika –, wurde nicht gedacht. So war der Prozess lang, bis Indigene von Feuerland bis Alaska oder von Sydney bis Sibirien ihre Forderungen der Weltöffentlichkeit präsentieren und verlangen konnten, in die Völkergemeinschaft aufgenommen zu werden.

Die UN-Charta beginnt zwar mit den Worten: «Wir, die Völker». Aber bis in die 1970er Jahre ignorierte die UNO die besonderen Bedürfnisse Indigener Völker, die zuerst als «Minderheiten» behandelt wurden. Erst 1971 wurden Indigene in einer Studie über Rassendiskriminierung erwähnt; trotzdem mussten sie in Genf vor den Toren des Genfer Völkerbundpalastes aufmarschieren und Einlass fordern, bis die damalige *Unterkommission für die Verhütung von Diskriminierung und den Schutz von Minderheiten* der Menschenrechtskommission José R. Martínez Cobo aus Ecuador zum Sonderberichterstatter ernannte und ihn beauftragte, die Lage der Indigenen Völker zu untersuchen. Er zeichnete ein erschütterndes Bild von Völkern weltweit, die von Ausbeutung und

Armut betroffen waren<sup>1</sup>. Er war der erste UN-Experte, der die Indigenen als Völkerrechtssubjekte mit eigenen Rechten beschrieb.

Es war nicht so, dass die Indigenen gar nie versucht hätten, an die UNO zu gelangen: Schon 1923 reiste Deskaheh von den *Cayuga* im Auftrag des Irokesenbundes nach Genf und verlangte vom Völkerbund die Anerkennung der Eigenständigkeit der *Six Nations* – er wurde nicht vorgelassen. Die Hopi nahmen ab 1949 vier Mal Anlauf, ihre Friedensbotschaft und die Warnungen aus ihrer Prophezeiung in New York im «grossen Haus aus Glas, wo sich die Völker treffen» zu deponieren. Erst am UN-Menschenrechtstag (10. Dezember) 1992 konnte ihr letzter designierter Sprecher Thomas Banyaca gemeinsam mit *Onondaga* Grand Chief Oren Lyons ihre Botschaft verkünden – leider nur vor einer Handvoll Staatsvertreter\*innen. Sie bedankten sich auch dafür, dass die UNO das Jahr 1993 zum Jahr der Indigenen Völker bestimmt hatte<sup>2</sup>. Am gleichen Tag erhielt die *Quiché-Maya* Rigoberta Menchú Tum aus Guatemala in Stockholm den Nobelpreis für Frieden, als erste Indigene und als eine der wenigen Frauen. Oren Lyons erinnert sich noch heute an den Tag, als die Indigenen erstmals in New York Zugang zur UNO hatten: „Wie oft standen wir auf der anderen Seite der Strasse und wurden von der Polizei daran gehindert, zum Eingang zu gelangen – und dies auf unserem Land; New York ist *Mohawk*-Territorium, also Teil der Irokesen-Konföderation. In der Schweiz war es einfacher.“

Im Gegensatz zu den Vereinten Nationen war die Internationale Arbeitsorganisation ILO in Bezug auf Indigene Völker schneller in der Kodifizierung von Normen für deren besondere Bedürfnisse: Sie verabschiedete die beiden Konventionen ILO 107 (1957) und ILO 169 (1989). Die erstere gilt heute als überholt, da sie Indigene nicht als Gemeinschaft berücksichtigt; die letztere wurde nur von einer geringen Zahl von Staaten ratifiziert, weil sie für das Arbeitsverhältnis, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung sowie für die kollektiven (Land) Rechte von Indigenen massgeblich

wäre. Aus Angst vor unerwünschten Konsequenzen in der eigenen Rechtsprechung verweigern bis heute auch Deutschland, Österreich und die Schweiz deren Ratifizierung, trotz intensiver Lobby-Arbeit einer Koalition von zivilgesellschaftlichen Organisationen in diesen Ländern.

### Flucht nach vorne – nach Genf.

Die Besetzung von Wounded Knee 1973 in Süd Dakota (USA) war der Auslöser zur Gründung des Internationalen Indianischen Vertragsrates (IITC<sup>3</sup>). Als politische Organisation des *American Indian Movement* reisten 1974 Vertreter des IITC an den Sitz der UN-Menschenrechtskommission in Genf und verlangten die Aufnahme in die Völkergemeinschaft. Zuvor hatten die Indigenen schmerzlich realisiert, dass weder in Kanada noch in den USA ein Wille bestand, ihre Rechte anzuerkennen, geschweige denn umzusetzen. So war der IITC die erste Indigenen-Organisation, die 1977 den Konsultativ-Status des UN-Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) erhielt. In jenem Jahr hatten die Indigenen bereits „Verbündete“: UN-Angestellte öffneten ihnen wortwörtlich die Tore zur ersten regierungsunabhängigen Konferenz zum Thema Diskriminierung<sup>4</sup>. Edith Ballantyne, die damalige Generalsekretärin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (WILPF), konnte die Menschenrechtskommission von der Notwendigkeit einer solchen Konferenz überzeugen. Die heute 98jährige Deutsch-Kanadierin verfolgt und kommentiert noch immer die Entwicklung der Indigenen- und Frauenrechte in der UNO und wurde 40 Jahre später 2017 von den Indigenen am *Symposium zur Erinnerung an 1977* gewürdigt.

1981 fand die zweite NGO-Konferenz<sup>5</sup> an der UNO statt. Dabei stand die Anerkennung der Indigenen Landrechte im Vordergrund; denn ohne Land keine Kultur und Identität als Indigenes Volk. Bei beiden NGO-Konferenzen waren indigene Frauen sehr präsent. Dank der frühen Vernetzung reisten auch Delegierte aus Mittel- und Südamerika nach Genf. Gemeinsam schafften sie es, dass 1982 die Arbeitsgruppe der indigenen Bevölkerungen (WGIP)<sup>6</sup> eingesetzt wurde:



Wie in Institutionen üblich, bildete man zuerst eine Arbeitsgruppe und siedelte sie zuunterst in der UN-Hierarchie an; hier wurden 5 Expert\*innen beauftragt, sich mit der Lage der Indigenen auseinanderzusetzen und eine (nicht bindende) Erklärung der Rechte Indigener Völker auszuarbeiten. Diese sollte dann der UN-Generalversammlung zur Abstimmung vorgelegt werden. Was die Staaten nicht voraussahen, war die Entwicklung und Breitenwirkung der WGIP. Unter der langjährigen, strengen aber umsichtigen Leitung der Griechin Erica-Irene Daes realisierten die Expert\*innen, dass sie die Indigenen in den Prozess einbeziehen mussten und luden Indigene von allen Kontinenten ein.



Frauenpower am UNPFII 2014: Jessica Vega Ortega (Mixteco, Mexiko) liest ein Statement im Namen der Indigenous Women's Alliance. © Helena Nyberg

Über die Jahre wuchs die WGIP zur meistbesuchten UNO-Veranstaltung des Jahres und zog nebst Indigenen auch Diplomatinen, zivilgesellschaftliche Kräfte und universitäre Kreise an; zuletzt nahmen bis zu 2'000 Personen an den im Juli stattfindenden Sitzungen teil. Vor allem Staaten, auf deren rohstoffreichen Territorien Indigene Völker lebten, realisierten mit der Zeit, dass in dieser Arbeitsgruppe Weichen gestellt wurden, die ihrer diskriminierenden und menschenrechtsverletzenden Praxis Einhalt gebieten könnten; die WGIP erhielt nämlich die Befugnis, konkrete Normen für den Umgang mit Indigenen vorzuschlagen – für eine Arbeitsgruppe eine erstaunliche Kompetenz. So beteiligten sich die USA, Kanada, Neuseeland und Australien erst in den 1990er Jahren so richtig an den Verhandlungen, weil sie die wachsenden Selbstbestimmungstendenzen eindämmen und sicher gehen wollten, die Kontrolle über das Land der Indigenen nicht zu verlieren. Südamerikanische und afrikanische Staaten befürchteten ihrerseits die Stärkung separatistischer Bewegungen.

### Die Reise zur UNO: grosses Opfer für Indigene.

Die UNO musste bald einsehen, dass sie von den Indigenen nicht verlangen konnte, alljährlich auf eigene Kosten nach Genf und später auch nach New York zu reisen. Oft sind Indigene, etwa aus dem Busch im Norden Kanadas oder aus dem Amazonasgebiet Brasiliens, mehrere Tage unterwegs, nur um zum nächsten Binnenflughafen zu gelangen – was mit grossen Kosten verbunden ist. Dann kommt die Reise in die Hauptstadt, um bei der US oder Schweizer Botschaft ein Visum zu beantragen. In Genf (oder NY) brauchen sie Geld für Transport, Unterkunft und Essen.

1985 segnete die Generalversammlung die Errichtung eines Freiwilligen Fonds zur Unterstützung indigener Delegierten ab. Er speist sich aus den Spenden der Mitgliedsstaaten. Alljährlich finanziert er ca. 60 Delegierten aus der ganzen Welt Reise und Aufenthalt. Heute können die Indigenen auch für andere UN-Organe beim *Voluntary Fund* anknöpfen. Weil dieser primär auf die Spendierfreudigkeit der UN-Mitgliedsstaaten angewiesen ist und diese immer knausriger werden, ist er knapp dotiert. So verfügt der *Voluntary Fund* der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) zurzeit über kein Geld, nachdem die von der Schweiz gespendeten CHF 150'000 aufgebraucht worden sind.

Als 1995 die Menschenrechtskommission eine zweite Arbeitsgruppe einsetzte, um die Erklärung in eine Form zu bringen, welche von allen Beteiligten akzeptiert werden könnte, brauchte es mehr Mittel für die kontinuierliche Arbeit bei der UNO. Die Indigenen hatten erwartet, dass ihr Entwurf der Deklaration nach 13 Jahren Arbeit endlich an die Menschenrechtskommission überwiesen würde. Diese hätte ihn dann direkt an die UN-Generalversammlung weiterleiten sollen. Aber es dauerte nochmals 12 Jahre, bis 2006 die Arbeit mit einem Erklärungsentwurf abgeschlossen wurde. Er bildet den kleinsten gemeinsamen Nenner der Anerkennung indigener Rechte, die sie den Regierungen auf neutralem Boden der UNO abgerungen hatten.

Es brauchte einen langen Atem – und Geld – um immer wieder an die UNO für eine weitere Sitzung der WGIP zu fahren. Der Indigenen-Fonds des Weltkirchenrats und der durch IWGIA in Dänemark verwaltete Human Rights Fund sowie der von Incomindios initiierte und verwaltete Swiss Fund waren nebst dem *UN-Voluntary Fund* die einzigen Fonds, welche die Indigenen unterstützten. Am längsten hielt sich der durch die Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit gespeiste Swiss Fund von Incomindios: von 1996 bis 2016 ermöglichte er pro Jahr ca. 40-60 erfahrenen und unerfahrenen, jüngeren und älteren, weisen indigenen Frauen und Männern die Reise zur UNO; Incomindios unterstützt die Indigenen bis heute bei der Beantragung von Visa und Akkreditierungen, dem Aufenthalt in GE/NY und der Organisation von eigenen Veranstaltungen und Pressekonferenzen. Ohne diese Fonds der Zivilgesellschaft hätten die Indigenen keine Chance gehabt, bei Sitzungen, die ihre Rechte direkt betrafen, ihre Stimme von Jahr zu Jahr einzubringen. Die WGIP war anfangs das einzige UN-Organ, das Indigenen die Möglichkeit bot, über ihre Lebensbedingungen zu berichten. Deshalb nahmen Hunderte von indigenen Delegierten die kostspieligen Schwierigkeiten auf sich, um zur Arbeitsgruppe zu reisen und ihre konkreten Anliegen vorzubringen. Leider glaubten sie allzu oft, dass sich danach unmittelbar etwas zum Guten wenden würde. Viele reisten enttäuscht wieder ab. Trotz aller Kritik war die UNO der Ort, an dem sie sich kennenlernen, vernetzen und austauschen konnten. Ambitionierte junge Indigene erhielten die Chance, ein Praktikum beim UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte zu absolvieren – Vital Bambanze, Batwa aus Burundi, ist einer der markantesten Fälle von *Capacity Building*<sup>7</sup>: dank der UNO stieg er zum Experten und Präsidenten des afrikanischen Indigenen-Dachverbandes IPACC auf und vertrat die *Batwa* in einem Senatsausschuss von Burundi.

### UNDRIP – 25 Jahre harte Arbeit.

Ab 1995 wurde der Entwurf in einer zweiten UN-Arbeitsgruppe nochmals überarbeitet. Die Indigenen mussten



weiter anreisen und darauf achten, dass ihre Rechte auf Land und Selbstbestimmung, kollektive Organisation ihrer Gemeinschaften, auf die eigene Sprache, Kultur und Regierungsform, etc. nicht verwässert wurden. Den Indigenen war klar, dass nach der Ausarbeitung eines Deklarationsentwurfes die WGIP aufgelöst würde und sie kein Gremium mehr hätten, um ihre Rechte voranzutreiben.



Delegierte des kleinsten Indigenen Volkes der USA beim Menschenrechtsrat; Die Havasupai Carletta Tilousi und Dianna Uqualla machen bez. der USA 2014 eine Eingabe beim UN-Zivilpakt (ICCPR). © Helena Nyberg

Sie mussten ihre Lobby-Arbeit bei der UNO intensivieren – und erzielten Erfolge: 2001 setzte der Menschenrechtsrat den ersten UN-Sonderberichterstatter für die Rechte Indigener Völker<sup>8</sup> ein, der ihre konkreten Anliegen anhört; meist gravierende Verletzungen ihrer Land- oder kulturellen Rechte. 2002 wurde das paritätisch strukturierte Ständige Forum für indigene Angelegenheiten geschaffen, das sich im Frühling in New York trifft. Es besteht aus acht Regierungsvertreter\*innen und acht von indigenen Organisationen vorgeschlagenen Mitgliedern. Leider kommt es immer wieder vor, dass Indigene aus sogenannten „terrorgefährdeten“ Ländern kein Visum für die USA erhalten – eine klare Diskriminierung und ein Rückschritt in der Förderung Indigener Rechte.

Und endlich: Es dauerte fast ein Vierteljahrhundert, bis die *United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples (UNDRIP)* am 13. September 2007 von der UN-Generalversammlung mit 4 Gegenstimmen<sup>9</sup> und 11 Enthaltungen abgesegnet wurde, als „Minimalstandard für das Überleben, die Würde und das Wohl indigener Völker (Art.43)“. Bolivien und

Venezuela haben die Deklaration in ihre Staatsverfassung übernommen. Nun geht es um die Umsetzung. Das ist das Hauptmandat der bestehenden drei für Indigene relevanten Instanzen: Als dritte wurde 2007 der Expertenmechanismus über die Rechte der Indigenen Völker eingesetzt, der aber auch keine konkreten Rechtsnormen ausarbeiten darf. Der\*die Sonderberichterstatter\*in ist zu einer Art „Kummerkasten“ geworden, der als einziger die Klagen Indigener Völker aufnehmen kann. Die Verteidigung indigener Rechte geht auch in den UN-Vertragsorganen<sup>10</sup> der Menschenrechtskonventionen weiter.

### Fazit:

In den 75 Jahren seit Bestehen der UNO ist der ganze Prozess bis zur Verabschiedung der UNDRIP, die sich auf die ILO-Konventionen 107 und 169 stützt, für die Indigenen einzigartig und wegweisend gewesen. Kein anderes völkerrechtliches Dokument hat so lange gebraucht und die Betroffenen von Anfang an einbezogen wie die UNDRIP. Sie gewährleistet einen völkerrechtlichen Status und bedeutet eine formelle Weiterentwicklung der Idee der Menschenrechte. Zwar ist sie nicht bindend, aber durch ihre lange Entstehungsphase hat sie eine Art britisches Gewohnheitsrecht erhalten und dadurch moralisches Gewicht. So setzen z.B. die *Treaty 6-Cree* in Kanada die Deklaration ein, um von den Provinzen ein zweisprachiges Bildungssystem zu fordern. Kein Treffen beginnt bei ihnen, ohne dass zuerst aus der UNDRIP zitiert wird.

Die Indigenen haben sich ihre Präsenz bei der UNO schwer erarbeitet. Es ist nicht selbstverständlich, dass sie heute eine Deklaration und das darin wichtige Prinzip der „freien, vorherigen und informierten Zustimmung“<sup>11</sup> zu allen sie betreffenden Projekten in Händen halten. Sie verdanken es ihrer grossen Beharrlichkeit, dass sie in allen für sie wichtigen Gremien präsent sind.

Die UN-Generalversammlung hat beschlossen, alle Aktivitäten im Jahr 2020 unter das Motto: «Die Zukunft, die wir wollen, die Vereinten Nationen, die wir brauchen» zu stellen. Sie bekräf-

tigen ihr gemeinsames Bekenntnis zum Multilateralismus. Doch wenn die Umsetzung der UNDRIP nicht gelingt, kann von einem Einbezug aller Völker in die demokratischen Prozesse der UNO nicht die Rede sein.

«Die UNO wurde nicht gegründet, um uns den Himmel zu bringen, sondern um uns vor der Hölle zu bewahren.»  
(Sir Winston Churchill)

<sup>1</sup>“The Cobo Report”, UN Doc E/CN.4 Sub2/1986/7.

<sup>2</sup>Zwar wollten die Indigenen Völker, dass die UNO das Jahr 1992 zum Jahr der Indigenen Völker deklariert hätte; das war den UN-Mitgliedsstaaten zu heikel. Sie befürchteten Aufstände der Indigenen v.a. auf dem amerikanischen Doppelkontinent, die sich gegen die staatlichen Feierlichkeiten zum 500. Gedenkjahr von Kolumbus (1492-1992) wehrten.

<sup>3</sup>International Indian Treaty Council, 1974 von 5000 Vertreter\*innen von 98 indigenen Nationen Nord-, Mittel- und Südamerikas in Standing Rock gegründet. Dessen Leitung schickte Cherokee Jimmy Durham – heute ein renommierter Künstler, der 2019 den Preis der Biennale von Venedig für sein Lebenswerk erhalten hat – in die Schweiz, um die Schaffung von Organisationen als Sprachrohr ihrer Anliegen zu initiieren. So wurde 1974 Incomindios als International Committee for the Indians of the Americas gegründet, später kamen Soconas Incomindios (Italien), FINCOMINDIOS (Finnland) oder Incomindios Poland (Polen) hinzu. Heute sind zahlreiche Organisationen mit anderen Namen in ganz Europa tätig, die vernetzt sind. Die UNO war und ist eine der Prioritäten unserer Arbeit. Unter dem Namen Internationales Komitee für die Indigenen Völker Amerikas erhielten wir 2003 den ECOSOC-Beraterstatus.

<sup>4</sup>NGO-Conference on Discrimination against Indigenous Peoples of the Americas (1977)

<sup>5</sup>NGO-Conference on Indigenous Peoples and the Land (1981)

<sup>6</sup>Working Group on Indigenous Populations (WGIP) 1982-2006. Erst nach langem Kampf setzten die Indigenen durch, dass „ihre“ Arbeitsgruppe nicht mehr für «Populations», also Bevölkerungen arbeitete, sondern für «Peoples», also für (selbstbestimmte) Völker. So heisst das „Produkt“ der WGIP denn auch «UN-Deklaration für die Rechte Indigener Völker». Am Wiener Menschenrechtsgipfel 1993 waren die Indigenen mit Schildern an den Verhandlungen präsent, auf denen ein grosses «S» für «Peoples» prangte.

<sup>7</sup>Ermächtigung und Aneignung von Kompetenzen (innerhalb der UN-Organen)

<sup>8</sup>2001-2008: Rodolfo Stavenhagen (MEX); bis 2014 James Anaya, indigener Rechtsprofessor (USA); bis März 2020 Vicky Tauli-Corpuz, Igorot (PHIL). Zurzeit Francisco Cali Tsay (GUAT).

<sup>9</sup>Zustimmung der 4 Länder: Australien (2009), USA (2010), Neuseeland (2010), Kanada (2016)

<sup>10</sup>Die sog. Treaty Bodies: CERD (Diskriminierung); CEDAW (Frauen); CCPR (bürgerliche und politische Rechte); zudem Universal Periodic Review des HRC. Die Indigenen konfrontieren die Regierungen mit Länderberichten aus ihrer Sicht und informieren die UN-Experten über Rechtsverletzungen.

<sup>11</sup>Free, Prior and Informed Consent (FPIC)

von Chiara Lanfranchi

## Disput um die Selbstbestimmung Hawai'is und Alaskas

Ob Hawai'i und Alaska unter legitimen Mitteln eingewilligt haben, sich den Vereinigten Staaten anzugliedern, ist umstritten – die USA vertreten einen anderen Standpunkt als die betroffenen Indigenen.

Darauf Bezug nehmend, intervenierten drei indigene Delegierte an der 45. Session des Menschenrechtsrats (14.9.2020 - 2.10.2020), und organisierten mit Unterstützung von Incomindios eine gut besuchte online Nebenveranstaltung zur Selbstbestimmung von Hawai'i und Alaska. Laut Leon Siu, Routh Bolomet und Robert Kajiwara ist die UNO mitschuldig an der systematischen Unterwerfung und Plünderung Hawai'is und Alaskas durch die USA.

«Es ist an der Zeit, dass die UNO ihren Verpflichtungen nachkommt, ihre Fehler korrigiert und dafür sorgt, dass die Missachtung der bürgerlichen und politischen Rechte der Menschen in Alaska und Hawai'i endlich ein Ende findet.» (Robert Kajiwara)

### Ein kurzer Rückblick

1946 wurden die Hawai'ianischen Inseln und Alaska zur UN-Liste der 101 nicht-selbstverwalteten Territorien hinzugefügt. 1959 führten die USA in Hawai'i eine Volksabstimmung durch. Laut Leon Siu war diese jedoch aus zwei Gründen illegitim. Einerseits wurde nur eine einzige Frage zu „Staatenbildung“ gestellt, was zu Missverständnissen führte. Andererseits durften nur US-amerikanische Bürger\*innen abstimmen. Ebenso wie in Hawai'i wird in Alaska die Rechtmässigkeit des Referendums, welches 1958 in Alaska lanciert wurde, angezweifelt. Ronald Barnes, Yupik und Botschafter der Ältesten von Tununak

an der Westküste Alaskas, erklärt bei der Nebenveranstaltung an der UNO, dass die Indigenen Völker Alaskas bei der Abstimmung zu wenig Informationen über ihre Rechte und Möglichkeiten hatten, um das Referendum als legitim betrachten zu können.

Bereits die zwei US-Präsidenten Bill Clinton und Barack Obama haben anerkannt, dass der Umsturz des Hawai'ianischen Königreichs im Jahre 1893 eine völkerrechtlich unrechtmässige Handlung gewesen sei. Trotzdem kommt es zu keiner Wiedergutmachung. Dem Völkerrecht zufolge, besteht bei einer solchen illegalen Handlung die Verpflichtung zur Entschädigung und Wiedergutmachung. Professor Alfred de Zayas, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für eine demokratische Ordnung, erklärt, dass im Fall von Hawai'i und Alaska die Wiedergutmachung 'Status quo ante' bedeuten würde.

### Täuschung der UNO

Mit anderen Worten müssten Hawai'i und Alaska die Möglichkeit gegeben werden, über die Selbstbestimmung zu entscheiden. Die USA berichteten damals der UNO, dass die Menschen in Hawai'i und Alaska ihr Einverständnis gegeben hätten, Teil der USA zu werden. Daraufhin verabschiedete die UN-Generalversammlung die Resolution 1469 im Irrglauben, dass die Menschen in Hawai'i und Alaska durch legitime Mittel einer Zugehörigkeit zur USA zugestimmt hätten. So kam es, dass die UNO mittels der Re-

solution 1469 Alaska und Hawai'i als 49. bzw. 50. Bundesstaat der Vereinigten Staaten anerkennen konnten.

Vor diesem Hintergrund baten Leon Siu, Routh Bolomet und Rob Kajiwara den Menschenrechtsrat, die UN-Generalversammlung aufzufordern, eine Überprüfung der Resolution 1469 einzuleiten. Die Annahme dieser Resolution durch die UN-Generalversammlung führte damals unter anderem dazu, dass dem Hawai'ianischen Volk die Selbstbestimmung verweigert wurde. Der Fall von Hawai'i und Alaska ist insofern brisant, weil sich kaum ein Staat mit den USA anlegen will, wenn es um die Integrität des Landes geht.

Den betroffenen Indigenen geht es aber in einem ersten Schritt nur darum, das *Recht* auf Selbstbestimmung zu erlangen, so wie es die UN-Deklaration der Rechte Indigener Völker UNDRIP verlangt. Ob eine erneute Abstimmung zu einer Abspaltung führen würde, ist lange nicht gesagt; es gibt verschiedene Spielarten des Zusammenlebens im gemeinsamen Respekt.

*Quellenhinweis: Die Informationen stammen allesamt aus den Oral Statement und Side Events der 45. Session des Menschenrechtsrates.*



© <https://www.youtube.com/watch?v=HRcWAdbxGrA>



von Antonio Ferretti

## Ihre Seelen sind wieder zu Hause

Für einmal eine Geschichte mit Happy End: Die Rückgabe von Kulturgütern an die rechtmässigen Besitzer\*innen geschieht selten genug, trotz entsprechenden UNESCO-Konventionen<sup>1</sup>. Wenn Indigene Völker die Rückreise ihrer Urahnen begleiten und sie am Ursprungsort bestatten können, ist das eine grosse Genugtuung.

Es war eine lange Reise, 129 Jahre dauerte sie für die sterblichen Überreste von 20 *Pueblo Indians* und deren 28 Grabbeigaben. Sie stammten von einem kleinen Flecken, der im Laufe der Zeit zur Stadt Durango wurde, im Südwesten von Colorado. Nach einer Etappe über Land stachen sie 1891 in See, mit Kurs auf Stockholm. Einige Jahre später gelangten sie nach Helsinki – dort blieben sie, bis September dieses Jahres.

Nun sind die 20 Seelen von Indigenen, die zwischen 900 und 1'200 n. Chr. lebten, endlich in ihre Heimat zurückgekehrt. Sie ruhen wieder unter dem Sternenhimmel des majestätischen Mesa Verde-Plateaus, auf über 2'500 Metern über dem Meeresspiegel, wo die Luft rein ist, die Stille die Gedanken verstummen lässt, und die Landschaft in erhabener Schönheit leuchtet. Ein heiliger Ort, nicht nur für die Indigenen Amerikas: Millionen aus aller Welt besuchen ihn.

Die Skelette und Schädel sind perfekt erhalten, als ob sie gerade ausgegraben worden sind. Das verdanken sie der respektvollen Sorgfalt der Kurator\*innen des Kansallismuseo, dem Nationalmuseum Finnlands. Für die finnische Regierung war es ein Privileg, den Nachfahren die *“human remains”* der *Anasazi-Zivilisation* zurückgeben zu können, die seit 133 Jahren Mensch und Wissenschaft gleichermaßen in Bann zieht. So musste nicht gross verhandelt werden, als die *Hopi* von Arizona sowie die *Zuni*, *Acoma* und *Zia* von New Mexico eine



The Cliff Dwellers of the Mesa Verde, 1893 © Gustaf Nordenskiöld

*“repatriation”* wünschten. Warum so viel Zeit bis zum Gesuch um Rückgabe verging, erklärt ein gebildetes Buch, das erst 1990 in den Vereinigten Staaten erschien und seitdem mehrmals unter dem Titel *“The Cliff Dwellers of the Mesa Verde”* nachgedruckt wurde. Gustaf Nordenskiöld (1868-1895), der finnisch-schwedische Gelehrte und erster Erforscher der antiken Pueblo-Ruinen von Mesa Verde, hatte das Buch gleich nach seiner Rückkehr geschrieben und es 1893 in der königlichen Druckerei von Stockholm drucken lassen. Die Indigenen des Südwestens realisierten die Graberschändung aber erst 2013.

### «Von weither geholt» – und kein Gesetz verhinderte die Plünderung.

Gustaf Nordenskiöld war noch nicht mal 23 Jahre alt, als er beschloss, die Ruinen von Mesa Verde zu erforschen. Eigentlich war er auf einer Weltreise – auf Anraten seiner Ärzte in der Berliner Charité, wo er seine Tuberkulose hatte behandeln lassen. In den USA hörte er zufällig von der Existenz dieses unerforschten archäologischen Wunders. Er machte sich sofort auf den Weg nach Colorado. Es bleibt im Dunkeln, ob er wusste, dass ihm nur noch wenige Jahre zu leben blieben und er sich deshalb beeilte, um die Felsensiedlungen der auf mysteriöse Weise verschwundenen präkolumbianischen Zivilisation vor Plünderungen zu „retten“. Nordenskiöld wurde zuerst mit den Knochen und

Funden verhaftet, denn die Indigenen und US-Bevölkerung der Gegend realisierten, dass da „ein Ausländer“ drauf und dran war, sich mit wertvollen Kulturgütern davon zu machen. Er musste aber wieder freigelassen werden, da es 1891 noch kein Gesetz gab, um die Ausfuhr der über 600 Fundstücke zu verhindern. Vor seinem Tod 1895 verkaufte Nordenskiöld die ganze Sammlung Frithiof Antell, einem finnischen Freund der Familie und bekannten Kunstsammler. Dieser vermachte sie dem Finnischen Nationalmuseum in Helsinki, wo die Überreste und Terrakotta-Beigaben zuletzt bis Februar 2020 im Kulturzentrum Tennispalatsi unter dem Titel *«Kaukaa haettua – Von weither geholt»* zu sehen waren. Nachdem die US-Regierung 2016 einen offiziellen Antrag auf Kulturgüterrückgabe gestellt hat, reagierte Finnland schnell und arbeitete mit dem Ältesten-Rat der betroffenen Indigenen und den US-Behörden zusammen: Es war ein bewegender Moment, als am 13. September 2020 die Delegation der *Pueblo*-Völker in Helsinki die Überreste ihrer Vorfahren entgegennahm und sie unter Geleit von finnischen und US-amerikanischen Regierungsmitgliedern nach Colorado überführten und im Mesa Verde National Park der heimatlichen Erde übergaben.

(übersetzt und bearbeitet: H. Nyberg)

<sup>1</sup> UNESCO-Konvention 1970: Schweiz ratifizierte sie 2003; UNESCO-UNIDROIT-Konvention 1995: Incomindios beteiligte sich am Vernehmlassungsverfahren und bekräftigte das Recht der Indigenen auf gestohlene oder rechtswidrig ausgeführte Kulturgüter. Die Schweiz hat sie bis heute nicht ratifiziert.



von Chiara Lanfranchi

## Ölpest im ecuadorianischen Amazonas

Im April dieses Jahres ereignete sich im Amazonasbecken von Ecuador eine der verheerendsten Ölkatastrophen des Landes. Im Zuge der Corona-Krise fand die Umweltkatastrophe jedoch in den Medien nur wenig Beachtung.



Reparaturarbeiten an den gerissenen Ölpipelines entlang der Strasse Quito-Lago Agrio, Ecuador. © Ivan Castaneira/ AgenciaTegantai

Schon zwischen 1964 und 1992 kam es im nördlichen Amazonastiefland zu einer grossflächigen Ölverschmutzung durch Chevron/Texaco. Endlose Klagen und Gegenklagen bis zu einem privaten Schiedsgerichtsspruch in Den Haag folgten, ohne dass die Verantwortlichen Entschädigung leisten mussten (s. Magazin INC 51, Dez.19). Und nun eine Umweltkatastrophe, die einmal mehr aufzeigt, wie anfällig Pipelines sind: Starke Regenfälle verursachten einen Erdbeben, wodurch Röhren von zwei Pipelines zerstört wurden. In Folge

flossen mindestens 2,5 Millionen Liter Öl in die Flüsse Coca und Napo. Bei den Pipelines handelte sich um die staatliche Ölpipeline Petroecuador, die private Ölpipeline OCP und dem Shushufindi-Quito-Polydukt. Die Ölkatastrophe trifft mehr als 27'000 Indigene und beeinträchtigt den Zugang von rund 120'000 Menschen zu sauberem Trinkwasser.

Mitten in der Corona Pandemie haben diese Gemeinschaften ihre Lebensgrundlage verloren. Einige weisen ausserdem unbestimmte Hautkrankheiten auf, weil sie noch in den Flüssen geschwommen und gefischt haben, bevor sie über die Ölpest informiert wurden. Geologen warnten bereits im Februar 2020 nach einer Erosion beim bekannten Wasserfall San Rafael vor weiteren Erdbeben und der möglichen Beschädigung von Infrastrukturen wie beispielsweise Pipelines. Obwohl die Gefahr den Behörden also bekannt war, wurde nichts unternommen.

Indigene Gemeinschaften und Organisationen (u.a. die Federación de Comunas Unión de Nativos de la Amazonía Ecuatoriana FCUNAE & Confederación de Nacionalidades Indígenas de la Amazonía Ecuatoriana CONFENIAE) gingen Ende April vor Gericht: Sie verlangten, dass das Energie- und Umweltministerium und die involvierten Unternehmen die Verantwortung übernehmen müssen. Konkret sollten sie dazu verpflichtet

werden, im verseuchten Amazonasgebiet die Versorgung von Trinkwasser und Lebensmittel sicherzustellen, die Umweltschäden weitgehend zu beseitigen und eine angemessene Gesundheitsversorgung zur Verfügung zu stellen. Das Gericht wies die Klage der Betroffenen am 1. September 2020 ab, mit der Begründung, die Beschwerde reiche nicht aus, um den konstitutionellen Weg einzuschlagen. Das Unternehmen OCP Ecuador hat ihrerseits angekündigt, ihre Sanierungsarbeiten fortzusetzen. Des Weiteren gaben OCP Ecuador und Petroecuador öffentlich bekannt, der betroffenen Bevölkerung Hilfsgüter wie Trinkwasser, Nahrung und medizinische Hilfe zur Verfügung gestellt zu haben. Auf Seiten der Indigenen und den Flussanrainern bemängelte man aber die Massnahmen. Es sei zu wenig Wasser verteilt worden, und viele der lokalen Arbeitskräfte, welche für die Sanierungsarbeiten von OCP angestellt wurden, warten noch auf ihren Lohn. Ausserdem seien mehr Gemeinden betroffen, als von der Ölindustrie angegeben wurde.

Gegenwärtig stehen etwa 68 Prozent des ecuadorianischen Amazonasgebiets, das zwölf Millionen Hektar umfasst, unter Konzession für die Ölindustrie. Es wird geschätzt, dass es in der Region mehr als 4'000 Ölquellen gibt.

Quellen: <https://amerika21.de/>  
<https://www.elcomercio.com>  
<https://www.infosperber.ch>

von Chiara Lanfranchi

## Finger weg vom Amazonas!

Ein neuer Bericht von Stand.earth und Amazon Watch beschreibt im Detail, wie Schweizer Banken den Handel mit umstrittenem Öl aus der Amazonasregion mitfinanzieren.

Dazu gehören unter anderem die Credit Suisse, UBS und Genfer Filialen der ING Belgien, BNP Paribas, Natixis und Rabobank. Obwohl die meisten im Bericht zitierten Banken sich zur Nachhaltigkeit bekennen,

hat noch keine Bank bzw. Finanzinstitut die eigenen Richtlinien aktualisiert. Die Finanzierung des Ölhandels im Amazonasgebiet verstösst aber eindeutig gegen Nachhaltigkeitsprinzipien jeglicher Art! Die jüngste Ölkatastrophe in Ecuador hat gezeigt, was für schlimme Auswirkungen die Ölindustrie im Amazonasgebiet haben kann. Besonders betroffen ist eine Region, welche die Indigenen als «heilige Quellgebiete» bezeichnen.

Incomindios hat den Bericht mitunterzeichnet und fordert gemeinsam mit anderen NGOs von den beteiligten Banken und Finanzinstituten,

aus diesen schmutzigen Geschäften auszusteigen, sämtliche Geschäftsbeziehungen klimafreundlich auszurichten und die Rechte Indigener Völker in allen Bankgeschäften vorbehaltlos zu respektieren.

Quellen: <https://www.stand.earth>  
<https://amazonwatch.org>



Ölverschmutzung aus Betrieben im nördlichen ecuadorianischen Amazonasgebiet. © Amazon Watch



# Indigene Souveränität bei der Ernährung

von Jacob Smith

## Kontrolle über eigene Nahrungsmittel bietet Indigenen Schutz

In der Geschichte der Menschheit war die Ernährung der meisten Völker von lokalen, saisonalen Produkten bestimmt. Traditionsgemäss wurden diese Lebensmittel durch Trocknen, Salzen, Räuchern oder Fermentieren konserviert, gelagert oder gehandelt.

Die Globalisierung der Lebensmittelversorgung hat jedoch dazu geführt, dass sich Konsument\*innen vom landwirtschaftlichen Prozess distanzieren, während der Wettbewerb der Produktivität höchste Priorität einräumt. Folglich hat die Industrialisierung der Landwirtschaft – und damit die stete Steigerung der Ernteerträge – zu einem extensiven Einsatz von Pestiziden, zur Abholzung der Wälder, zur Verschmutzung der Wassersysteme und zu einem Verlust der Artenvielfalt geführt.

Die Indigenen Völker sind aufgrund ihrer Verbundenheit mit dem Land oft die am schwersten Betroffenen. Vertreibung und damit einhergehender Ressourcenverlust, schlechte Gesundheit, wirtschaftliche Schwäche und Verlust kultureller Bräuche sind nur einige der Folgen des Agrobusiness.

Das Bewusstsein für den Klimawandel wächst; das gesamte Nahrungsmittelsystem ist für etwa 26% der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Deshalb drängt die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) auf eine Abkehr von der industrialisierten Landwirtschaft. Die Bauern sollen einerseits das Recht auf gesunde und kulturell angepasste Lebensmittel haben, erzeugt mit umweltverträglichen, nachhaltigen Methoden. Und andererseits das Recht, ihr eigenes Landwirtschaftssystem zu definieren. Erst dann ist die sogenannte Ernährungs- oder Nahrungsmittelsouveränität erfüllt.



© <https://iowaagliteracy.wordpress.com/2016/11/16/celebrating-the-three-sisters-the-story-behind-the-thanksgiving-celebration/>

### Mit den "Drei Schwestern" zur Ernährungssicherheit.

Kleinräumige, zyklische und nachhaltige Landwirtschaft, die nur den absolut notwendigen Einsatz von Spritzmitteln erfordert, ist ein System, das von Indigenen seit Jahrtausenden praktiziert wird, so z.B. das Prinzip der voneinander abhängigen "Drei Schwestern". Man geht davon aus, dass die drei Nutzpflanzen Kürbis, Mais und Kletterbohnen in Nordamerika seit 1000 v. Chr. gemeinsam angebaut werden. Dieser Mischanbau ist ein Musterbeispiel für die Ernährungssouveränität der Indigenen Völker. Alle drei Nutzpflanzen profitieren voneinander; der Mais bietet den Bohnen eine Klettermöglichkeit, die Bohnen binden Stickstoff im Boden, der dann von den anderen Pflanzen verwertet wird; der Kürbis breitet sich am Boden aus, wodurch Erosion und Unkrautbildung verhindert werden. Mais, Bohnen und Kürbis enthalten komplexe Kohlenhydrate, essentielle Fettsäuren und wichtige Aminosäuren, die sie zum Fundament einer gesunden Ernährung machen. Methoden der Agroforstwirtschaft werden seit kurzem von den Indigenen Völkern übernommen, bei denen Bäume zwischen den Kulturen gepflanzt werden. Dadurch wird ein ideales Mikroklima geschaffen, welches die Pflanzen vor Wind, Hagel und Regen schützt. Ausserdem liefert diese Anbaumethode nebst Nahrungsmitteln eine Vielzahl von Holzprodukten und Heilpflanzen und speichert gleichzeitig Kohlenstoff aus der Luft. Auf dem amerikanischen Kontinent ist der Anbau von drei getrennten Schichten beliebt: hohe

Obstbäume, Kaffeebäume mittlerer Länge und kleinere Chili-Pflanzen werden kombiniert. Diese alternativen Anbaumethoden können auch zur Sanierung von Böden eingesetzt werden, die durch die moderne Landwirtschaft ausgelaugt oder überdüngt worden sind.

Die Wiedereinführung solcher Systeme macht nicht nur den Einsatz von teuren Agrarprodukten überflüssig, sondern schützt die indigenen Gemeinschaften auch vor Typ-2-Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Und: die Feldfrüchte sind viel resistenter als die Erträge der Monokulturen; wenn die Ernte einer Nutzpflanze ausfällt, haben die Bauern mit anderen Kulturen immer noch eine gesicherte Ernte. In wirtschaftlicher Hinsicht ist die Ernährungssouveränität für die Indigenen Völker von grundlegender Bedeutung, da sie es ihnen ermöglicht, den landwirtschaftlichen Prozess vom Saatgut bis zum Markt zu kontrollieren – in einer gewissen wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Engere Beziehungen zwischen Produzenten- und Konsumentenseite führen zu Solidarität und fairen Preisen und bekämpfen gleichzeitig die Macht der multinationalen Konzerne, die sie gerne manipulieren. Vor allem bringt die Wiedereinführung traditioneller Bewirtschaftungsmethoden die Indigenen Gruppen in Einklang mit dem Nahrungserbe ihrer Vorfahren und ermöglicht es ihnen, die Beziehung zum Land wieder herzustellen, die sie vor der Industrialisierung der Landwirtschaft hatten.

(deutsche Übersetzung: H. Nyberg)

von Brittani Orona

## Interkulturelles Studium mit Engagement verbinden

Incomindios freut sich sehr, einen Artikel zu veröffentlichen, der von unserer ersten Stipendiatin des *Incomindios Lippuner Scholarship*<sup>1</sup> geschrieben worden ist. Das neue Stipendium-Programm für indigene Studierende ist in Gedenken an Eva Lippuner benannt, langjährige Verfasserin einer guten Bildung für Indigene Völker, die 2019 von uns gegangen ist (Anm. d. Red.).

Die Stämme des Einzugsgebiets des Klamath-Flusses in Kalifornien, namentlich die *Hupa*, *Yurok*, *Karuk* und *Klamath*, sind auf das Flussbecken angewiesen, um sich geistig und körperlich zu versorgen. Es ist der Eckpfeiler unserer Lebenswelt und unserer Kultur. Die Zeremonien werden am Ufer oder auf dem Wasser durchgeführt; auch die Tänze der Welterneuerung – unsere wichtigste Zeremonie, welche die Welt für alle, die auf ihr leben, wieder ins Gleichgewicht bringt. Angehörige des Stammes praktizieren noch immer den traditionellen Fischfang und treten in Kontakt mit unseren übermenschlichen Verwandten (Lachs, Neunauge, Forelle), die in den Gewässern des Flussbeckens leben. Wir sind untrennbar mit unserem heimatlichen Land verbunden und tragen die Verantwortung, es über alle Generationen hinweg zu schützen.

### Verheerendes Lachssterben führt zu Widerstand.

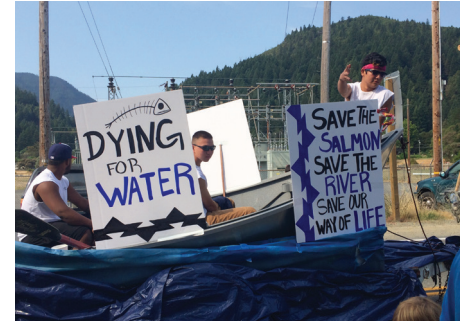
Im September 2002 erlebte das Klamath-Flussbecken das schlimmste Lachssterben in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Mehr als 70'000 Chinook- und Coho-Lachse starben im Klamath-Fluss und seinen Zuflüssen, dem Trinity-Fluss und dem Salmon-Fluss. Chinook- und Coho-Lachs sind von kaltem Wasser abhängig, und zum Zeitpunkt der Katastrophe wurde das Wasser vom U.S. Bureau of Reclamation aus dem unteren Klamath-Gebiet bis zu Ländereien von

Bauernhöfen im Bundesstaat Oregon im oberen Klamath-Gebiet umgeleitet, um mitten in einer kargen wüstenähnlichen Landschaft Ackerland zu gewinnen. Das Massensterben war eine direkte Folge der noch immer vorherrschenden Siedler-Mentalität aus kolonialen Zeiten, sowie des Kapitalismus mit seiner Gier nach Rohstoffen; für uns war es Völkermord. Seit dieser Zeit kämpfen unsere Leute mit Verbündeten für den Rückbau von vier Dämmen am Klamath-Fluss (Copco 1, Copco 2, Iron Gate und J.C. Boyle), um die Wasserqualität zu verbessern und im Flussbecken einen genügend hohen Wasserstand zu halten, um einen stabilen Fischreichtum zu gewährleisten.

Ein breites Spektrum von Menschen engagiert sich für den Schutz des Klamath-Flussgebiets: Älteste und Junge, Beschäftigte im Stammesrat, Künstler\*innen, Akademiker\*innen, Fischer und Wissenschaftler\*innen. Die Bewegung zur Demontage der Dämme am Klamath-Fluss wird von der Zivilgesellschaft mit grossangelegten Aktionen angeführt. Die letzte fand am 23. Oktober 2020 statt und umfasste u.a.: Kunstwettbewerbe, Teach-ins, „abstürzende“ Aktionsversammlungen von PacificCorp, Proteste vor dem Regierungssitz des Bundesstaates Kalifornien und, im Zusammenhang mit der COVID19-Pandemie, die Organisation von online Massenaufrufen, um die Regierung der Bundesstaaten Kalifornien und Oregon, die Bundesregierung und PacificCorp zur Beseitigung der Dämme am Klamath-Fluss aufzufordern.

### Brittanis ambitionierte Studienziele.

In meiner Abschlussarbeit untersuche ich den Einfluss, den *Hupa*-, *Karuk*- und *Yurok*-Künstler\*innen auf das Engagement für das Klamath-Flussgebiet und zum Abbau des Staudamms haben. Dabei geht es mir um den Einfluss von Transparenten, bildender Kunst, Performance und Literatur auf die Entwicklung eines sichtbaren Ausdrucks von Selbstbestimmung (visuelle Souveränität<sup>2</sup>). Ich vertrete die Ansicht, dass diese Künstler\*innen eine erkenntnistheoretische Sicht



Save California Salmon © Regina Chichizola

der „Welterneuerung“ pflegen, um die anhaltenden Auswirkungen des Kolonialismus und Völkermords der Siedler zu untersuchen, und um dann mit Aktionen zum Schutz der Umwelt und mit der Schaffung von Kunstwerken zu reagieren. Zusätzlich zu meiner Diplomarbeit arbeite ich im Vorstand von Save California Salmon mit, einer gemeinnützigen Organisation mit Sitz in Yurok und Karuk. So kann ich mich weiterhin für Wassergerechtigkeit in ganz Nordkalifornien einsetzen und die Geschichte des Engagements der Stämme für den Klamath-Fluss erzählen.

Mein oberstes Berufsziel ist es, im akademischen Bereich zu arbeiten und mich dabei auf ortsbezogenes Lernen und landbezogene Lehrinhalte zu konzentrieren, welche von einer Bodenbewirtschaftung gemäss indigenem Wissen, Umweltwissenschaften und visueller Souveränität<sup>2</sup> geprägt sind. Ich interessiere mich für Lernergebnisse, die sich von westlichen Forschungsergebnissen und Lehrplänen aus der Kolonialzeit der Siedler unterscheiden. Vielmehr möchte ich mit indigenen Studierenden und Gemeinschaften an konkreten Projekten zur Rekultivierung von Land und Umweltgerechtigkeit arbeiten.

Wir sind das Land, und das Land sind wir; wir werden alles tun, was wir können, um es zu schützen.

(Übersetzung aus dem Englischen: H. Nyberg)

<sup>1</sup>[www.incomindios.ch/de/themen/indigene-bildung-und-kultur/incomindios-lippuner-scholarship](http://www.incomindios.ch/de/themen/indigene-bildung-und-kultur/incomindios-lippuner-scholarship)

<sup>2</sup>Visuelle Souveränität ist ein 2013 eingeführter Begriff, mit dem Indigene Völker ihren unverwechselbaren kulturellen Traditionen, ihrem politischen Status und ihrer kollektiven Identität mit ästhetischen und filmischen Mitteln Ausdruck verleihen.

# 1492 Land Back Lane – Ontario

von Dr. phil. Lea-Sophie Richter

## Die Irokesen-Konföderation ist gefordert

Momentan brodelt es im Land der Six Nations. Und es fragt sich, ob der Irokesenbund wieder im Rampenlicht stehen wird, wie damals nach der Oka-Krise von 1990: Vor genau dreissig Jahren hielten die *Mohawk* mit irokesischen Verbündeten nach Ausschöpfung aller juristischen Mittel 78 Tage lang Teil ihres ursprünglichen Territoriums in Kanasatake bei Montreal besetzt – gegen schwerbewaffnete kanadische Militäreinheiten. Ein alter Landdisput, der nie gelöst worden war und sein Pendant im südlichen Ontario findet.

Südwestlich von Toronto in der Provinz Ontario liegt *Six Nations of the Grand River*, das grösste und einzige Reservat Kanadas, in dem alle sechs Irokesenvölker<sup>1</sup> beheimatet sind. Ungefähr 12'000 Indigene leben in einem für kanadische Verhältnisse sehr dicht besiedelten Gebiet von ca. 19'020 Hektaren. In Europa sind die Irokesen aus den Lederstrumpf-Romanen von James Fenimore Cooper bekannt, die in den historisch gesehen höchst ungenauen Geschichten als plündernde Entführer dargestellt werden. Die Kanadier kennen sie bestenfalls für ihre meisterhaften Lacrosse-Spieler. Dass sie dieses Spiel vor Jahrhunderten erfunden und „*Creator's Game*“ genannt haben, ist den meisten allerdings unbekannt. Und nur wenige Nordamerikaner wissen, dass die US-Bundesverfassung auf der Gesetzgebung der friedlichen Konföderation von den damals fünf unabhängigen Irokesen-Nationen basiert. Der Ursprung des Konflikts um ein Stück Land zwischen dem Reservat und dem angrenzenden Haldimand County geht auf das Jahr 1784 zurück: Der Gouverneur Quebecs, Sir Frederick Haldimand, überliess im Namen der britischen Krone den *Haudenosaunee*<sup>2</sup> 384'450 Hektaren (950'000 Acres) im Einzugsgebiet des Grand River; dies wohl als Dank für deren Loyalität den Briten gegenüber während der

Amerikanischen Revolution. So weit so gut. 1830 möchte die Krone von den *Haudenosaunee* ein Stück Land pachten, um eine Plankenstrasse aus Holzbrettern bauen zu können – heute bekannt als Mackenzie Meadows, und der Beginn des momentanen Disputs.



Protestaktion; Okt. 2020. © Skyler Williams

Im Laufe der Jahrhunderte wird das den *Haudenosaunee* zugesprochene Land durch die Krone auf die jetzigen 19'020 Hektaren reduziert: Verträge werden einseitig abgeändert und Landverkäufe erzwungen, bis auf weniger als einen Zwanzigstel des zugestandenen Landes des Haldimand-Vertrags. Auch das Gebiet rund um die Plankenstrasse verkauft die britische Krone mehrere Male an Privatleute, obwohl sie dieses Stück Land laut den *Haudenosaunee* ursprünglich nur gepachtet aber nie gekauft hat. So macht sich 1923 Chief Deskaheh auf nach Genf: Als Vertreter des obersten Gremiums des Irokesenbundes, über dessen Reise der Schweizer Historiker Willi Wottreng den Roman „Ein Irokese am Genfersee“ geschrieben hat, will er für sein Volk beim Völkerbund internationale Anerkennung erlangen, um sein Land zu schützen. Zwei Jahre später stirbt er unverrichteter Dinge. Abermals zwei Jahre später verunmöglicht es der kanadische Indian Act den Indigenen Nationen, Landrechtsansprüche einzuklagen.

Als dies wieder erlaubt wird, strengen die *Six Nations Haudenosaunee* 1980 einen ersten Prozess gegen die Kanadische Staatsbahn an, um ihr Land zurückzugewinnen. Seitdem besetzen die *Haudenosaunee* immer wieder ihr Land, um darauf aufmerksam zu machen, dass grosse Teile ihres Landes nicht rechtmässig in kanadische Hände gelangt sind, so auch Mackenzie Meadows.

### Traditionelle gegen Progressive.

Im Sommer 2019 unterzeichnet Ava

Hill als gewähltes Mitglied des *Six Nations Elected Council* (SNEC) eine Vereinbarung zur Unterstützung des geplanten Wohnbauprojekts auf Mackenzie Meadows, ohne die Zustimmung des traditionellen *Haudenosaunee Confederacy Chief Council* (HCCC) zu erhalten, der bei Landrechtsfragen konsultiert werden muss. Dessen ungeachtet fängt der Bauunternehmer an, auf dem umstrittenen Grundstück Häuser zu bauen. Im Sommer 2020 kommt es dann zum offenen Konflikt. Seit Juli unterhält eine kleine Gruppe meist junger Indigener ein Protestcamp, unterstützt von Ältesten und von den traditionellen *Hereditary Chiefs* (HCCC). Nachdem der Bauherr eine einstweilige gerichtliche Verfügung zur Räumung des Camps erwirkt, erfolgen Blockaden von Strassen und Bahntrassen, die den Pendlerverkehr und den Güterverkehr der Schwerindustrie südlich von Toronto behindern.

Die *Land Back Resistors* setzen Autoreifen in Brand und organisieren friedliche Protestmärsche. Das umkämpfte Stück Land wird von den *Haudenosaunee* fortan „1492 Land Back Lane“ genannt. Im August räumt die kanadische Polizei das Camp; seit September werden diejenigen, die in Verbindung mit den Blockaden stehen, verhaftet. Doch auf der anderen Strassenseite – die Grenze zwischen Land der *Haudenosaunee* und der Kleinstadt Caledonia bildet nur eine Landstrasse – errichteten die „*Land Defenders*“ ein neues Camp, um über ihr Anliegen zu informieren und Einblick in ihre Kultur zu geben. Es ist fraglich, wie der Konflikt gelöst wird. Indigenes Verständnis von Verträgen vor Gericht zu erklären, ist ein schwieriges Unterfangen, ebenso wie das spezielle indigene Verhältnis zu Land. Fakt ist, dass die ökologisch intakten und wertvollsten Gebiete dieser Erde Indigenen Völkern gehören. *Indigenous Guardianship*, nennt sich dies in Kanada. Ob die *Six Nations Haudenosaunee* weiterhin Hüter ihres Landes bleiben können, bleibt ungewiss. Dieser Artikel wurde von Prof. Michael Doxtator gegengelesen (*Six Nations Mohawk, Turtle Clan*). Fussnoten 1 und 2 von H. Nyberg, siehe Seite 12. Die männliche Form schliesst die weibliche mit ein.

# prairie wind goes online

## prairie wind in Basel nach zwanzig Jahren geschlossen



© prairie wind

(Incomindios dankt Iris Herzig für die fortgesetzte Grosszügigkeit bei Geschenken an verdiente Aktive und freut sich, dass *prairie wind* weiterhin als Onlineshop bestehen bleibt. Anm. d. Red.)

Hochstehender Schmuck und Kunsthandwerk Indigener Nordamerikas nunmehr als Onlineshop.

Am 13. Oktober 2000 wurde *prairie wind* von Iris Herzig in Basel eröffnet; am 13. Oktober 2020 – nach genau zwanzig faszinierenden Jahren – wurde das Ladengeschäft am Petersgraben 15 geschlossen. Es besteht weiter als **Onlineshop** und wird nach denselben Prinzipien des fairen Handels und dem direkten Einkauf bei indianischen Künstlerinnen und Künstlern und ihren Genossenschaften/Geschäften geführt:

[www.prairiewind.ch](http://www.prairiewind.ch)  
[mail@prairiewind.ch](mailto:mail@prairiewind.ch)

### Vor dreissig Jahren – Oka-Krise in Kanada

Auslöser waren Expansionspläne des Bürgermeisters der Gemeinde Oka am Nordufer des Ottawa-Flusses bei Montréal: Er wollte einen Golfplatz erweitern, ausgerechnet auf einem *Mohawk*-Friedhof. Da die Betroffenen vor Gericht abgewiesen wurden, blockierten sie den Zugang zu ihren Grabstätten. Der Bürgermeister rief das Militär zu Hilfe. Vom 11. Juli bis zum 26. September 1990 standen sich *Mohawk* des umliegenden Reservats *Kanesatake* der Polizei von Québec und der Armee feindlich gegenüber. Seit Wounded Knee 1973 war es die erste Auseinandersetzung, die in ganz Kanada und trotz Informationssperre auch in den USA zu einer breiten Solidarität unter den Indigenen führte, noch ohne den Möglichkeiten von *Social Media*. Incomindios half den *Mohawk*, die Oka-Krise inner- und ausserhalb der UNO hinaus bekannt zu machen und koordinierte mit anderen Organisationen erfolgreiche Proteste in Europa: Der Golfplatz wurde nicht gebaut.

### Impressum

Herausgeberin:  
INCOMINDIOS Schweiz  
Wehntalerstrasse 124, CH-8057 Zürich  
Tel./Fax 044 383 03 35  
[mail@incomindios.ch](mailto:mail@incomindios.ch)  
[www.incomindios.ch](http://www.incomindios.ch)

Redaktion: Helena Nyberg

Layout Gestaltung: Johanna Rickenbach  
Layout Umsetzung: Matheus Christo

Druck: Lenggenhager Druck, Zürich

Auflage: 1100

Konto: INCOMINDIOS  
8057 Zürich, PC 87-4360-6

INCOMINDIOS Schweiz hat den Beraterstatus  
als NGO beim Wirtschafts- und Sozialrat  
(ECOSOC) der Vereinten Nationen

Titelseite Collage:

Oben: 2018, UN-NY: Generalversammlung: Wasseraktivistin Autumn Peltier (13), Anishinaabe, Ontario, Kanada. © THE CANADIAN PRESS/HO-United Nations-Manuel Elias.

Mitte links: 1977, UN-Genf: Art Montour (1942-2017), Mohawk, Akwesasne, USA. Er reist mit einem Haudenosaunee-Pass in die Schweiz ein.

Mitte rechts (1): 2019, UN-Genf, EMRIP: Áurea Anacé (Iks.) und Angohó Pataxo, mutige Kämpferinnen gegen Brasiliens Umweltsünden.

Mitte rechts (2): 1994, UN-Genf, 12. Session der WGIP: Andrea Flores Tonconi, Organización de Mujeres Aymaras del Kollasuyo (OMAK), Bolivien.

Unten: 1977, UN-Genf, Völkerbundpalast: Erster Einzug der Irokesen und Indigenen aus Lateinamerika.

Von r.n.lk.: Grand Chief Oren Lyons, Onondaga; Ray Halbritter, Oneida, ...; Audrey Shenandoah, Onondaga Klanmutter; ...; Francis Booth + Loran Thompson, Mohawk; Leo Henry, Tuscarora; ...; Art Montour.

### Fussnoten 1 und 2 (1492 Land Back Lane) von Seite 11:

<sup>1</sup>Von Osten nach Westen: Mohawk, Oneida, Onondaga, Cayuga, Seneca und seit ca. 1722 die Tuscarora.

<sup>2</sup>Leute des Langhauses = Eigenbezeichnung der Irokesen.

Liebe Leserinnen und Leser

Natürlich sind wir auch auf zweckungebundene Spenden angewiesen. Diese unterstützen unsere Arbeit in der Geschäftsstelle, erlaubt uns die Zusammenarbeit mit den Indigenen, um neue Projekte zu entwickeln, und lässt uns unsere Kontakte mit Medien, Mitgliedern, indigenen und europäischen Partnern pflegen.

Herzlichen Dank für Ihre Zuwendungen an:

Incomindios, Zürich

PC 87-4360-6

IBAN: CH42 0900 0000 8700 4360 6

Clearing Nummer: 09000